



Hooligan-Krawalle

Minister verweigert Antwort auf Frage nach Einsatzbefehlen

Die Antworten des Innenministers auf meine Kleinen Anfragen zur Aufarbeitung der eskalierten Hooligan-Krawalle in Köln sind teilweise unverschämt nichtssagend. Wenn es kritisch wird, zieht sich der Minister auf Allgemeinplätze zurück oder verweigert die Antworten einfach.

So wollte ich beispielsweise die konkreten Einsatzbefehle zum Hooligan-Aufmarsch am 26.10.2014 aufgelistet bekommen. Stattdessen erklärt mir der Innenminister die grammatikalischen Grundregeln eines Einsatzbefehls. Das zeigt, wie unsicher die Verteidigungsstrategie des Ministers ist.

Die Reiterstaffel war bei zwei Fußballspielen in Mönchengladbach und Dortmund eingesetzt. Für den Einsatz von SEK fehlten angeblich die Voraussetzungen. Polizeikräfte anderer Bundesländer wurden nicht angefordert. Einzig zwei Experten der Hooligan-Szene aus Berlin und Hessen wurden hinzugezogen. Nirgendwo sind Fehler passiert, aber alles ist schief gelaufen.

Dass über 10% der eingesetzten Polizeibeamten in Brühl saßen und in der dortigen Gefangenen-Sammelstelle fast umsonst auf gewalttätige und straffällig gewordene Hooligans warteten, während die Kollegen in Köln jeden Mann hätten brauchen können, zeigt, wie unvorbereitet man in den Einsatz gegangen ist. Mehr: <http://kurzlink.de/GGkaHooligan>.

Flüchtlingskosten

Hilfe des Bundes muss auch vor Ort ankommen

Der Bund will in den nächsten 2 Jahren den Kommunen mit jeweils 500 Millionen Euro bei dem drängenden Problem der Flüchtlingskosten helfen. Mit dieser zusätzlichen Unterstützung wird der Bund seiner Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung gerecht. Während die rot-grüne Landesregierung in NRW die Kommunen nur unzureichend bei den Aufwendungen für Asylbewerber unterstützt, entlastet der Bund tatsächlich.

Jetzt erwarten wir auch von der rot-grünen Landesregierung, dass eine vollständige Weiterleitung der Bundesmittel an die Städte erfolgt.

Mehr Informationen finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GGbundHilfeAsyl>.

Zunahme des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer infolge der Soforthilfe des Bundes:	
Bedburg	76.000 €
Bergheim	298.000 €
Brühl	242.000 €
Elsdorf	76.000 €
Erfstadt	141.000 €
Frechen	384.000 €
Hürth	420.000 €
Kerpen	350.000 €
Pulheim	170.000 €
Wesseling	334.000 €
Gesamt:	2.491.000 €

Haushalt 2015

Landtag debattiert neuen Schuldenhaushaltsentwurf

Im Bund hat es Finanzminister Wolfgang Schäuble geschafft: Seit 1969 hat er den ersten ausgeglichenen Bundeshaushalt aufgestellt. Die schwarze Null steht. Von dem Ziel sind wir in NRW noch weit entfernt. Die rot-grüne Landesregierung plant mit einer weiteren Neuverschuldung von 2,2 Milliarden Euro.

Am 18. Dezember 2014 soll der 64 Milliarden schwere Haushaltsplan des Landes für 2015 beschlossen werden. In dieser Woche haben wir den Plan von SPD und Grünen in zweiter Lesung debattiert.

Es gibt weiterhin keine konkreten Sparmaßnahmen, um die Schuldenbremse 2020 erreichen zu können. Trotz wachsender Einnahmen, bekommt die Regierungsmehrheit die Ausgaben nicht unter Kontrolle. Stattdessen werden Steuern, wie die Grunderwerbssteuer, sogar noch erhöht.

Hier finden Sie den Haushaltsplanentwurf des Landes für 2015: <http://kurzlink.de/NRWhaushalt2015e>.